

Den Nerv getroffen

Wird das Jahr 2013 ein Jahr der Wohnungs- und Mietpolitik? Vieles deutet darauf hin. Die Wohnungs- und Mietpolitik wird zumindest ein zentrales Thema in den nun anstehenden Wahlkämpfen zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen sowie zur Bundestagswahl sein.

Die SPD hat das Wahljahr 2013 mit genau diesen Themen eingeleitet. Sie hat angekündigt, nach einem Wahlsieg bei der Bundestagswahl Maßnahmen gegen die drastisch steigenden Mietpreise in deutschen Großstädten zu ergreifen. Sie setzt sich für eine Kappungsgrenze bei Neuvermietungen ein, sie spricht sich für die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger aus und fordert eine stärkere Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus.

Bereits bei seiner Kür als Kanzlerkandidat sprach sich Peer Steinbrück für einen besseren Mieterschutz aus und kündigte an, einen „Nationalen Aktionsplan Wohnen und Stadtentwicklung“ in Gang bringen zu wollen.

Ein solcher Aktionsplan ist dringend vonnöten. Nach unseren eigenen Berechnungen fehlen rund 250.000 Wohnungen in Deutschland. Sie fehlen vor allem in den wachsenden Ballungszentren. Sie fehlen in den Universitätsstädten.

In den Großstädten und den Universitätsstädten explodieren die Mieten. Die Redaktion der Mieterzeitung hat in dieser Ausgabe die vom F+B Forschungsinstitut im dritten Quartal ermittelten Angebotsmieten 2012 mit dem neuesten, vom gleichen Institut herausgegebenen Mietspiegelindex, in dem die Bestandsmieten erfasst sind, verglichen. Die Angebotsmieten liegen in einigen Städten um mehr als ein Viertel über den Bestandsmieten. Diese Zahlen dokumentieren eindrucksvoll, wie hoch die Dynamik



Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes

auf diesen Wohnungsmärkten ist, wie deutlich die Nachfrage das Angebot übersteigt und wie aussichtslos für viele eine Wohnungssuche in diesen Städten ist.

Dass das Wohnungsproblem kein Randproblem mehr ist, führen die vielen kleineren und größeren Demonstrationen, die wir im letzten Jahr in Hamburg, Berlin, München und in einigen Universitätsstädten erlebt haben, uns allen vor Augen. Weil be-

„Wohnungspolitik ist das zentrale Thema“

zahlbare Wohnungen Mangelware sind, Luxusmodernisierungen und explodierende Mieten die Menschen aus ihren Stadtquartieren vertreiben, gehen sie jetzt wieder für ihre Rechte auf die Straße.

Die SPD hat mit ihrem Vorstoß für eine stärkere Regulierung des Wohnungsmarktes den Nerv der Menschen in Deutschland getroffen. Zwei Drittel der Befragten vertreten in einer Umfrage des „Stern“ die Auffassung, die Politik sollte stärker regulierend in den Wohnungsmarkt eingreifen.

Die Suche nach der bezahlbaren Wohnung, der Erhalt der angestammten Wohnungen im Stadtquartier, die Bezahlbarkeit von Strom, Gas und Öl ist für immer mehr Menschen von ganz elementarer Bedeutung. Die Wohnungspolitik wird allein dadurch schon zum zentralen Thema im Wahlkampf. Die SPD hat den Aufschlag gemacht – jetzt warten wir auf die Vorschläge der Regierungskoalition.

Mieterzeitung 1/2013